



Landesverteidigungsakademie
Wien

PROBLEME FÜR DIE TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK

Marius Calligaris

Ein Kernstück der Außenpolitik der AKP- Regierung war die sogenannte „Null-Probleme-Politik“ und eine aktive Nachbarschaftspolitik. Derzeit sind hier jedoch etliche Schwierigkeiten festzustellen. In Syrien steht Ankara völlig auf Seiten der Gegner Assads. In den Beziehungen zum Irak und Iran gibt es mehrere Negativfaktoren. Die Kontakte zu Kairo sind nach dem dortigen Umsturz schwer gestört. Im eisigen Verhältnis zu Israel zeigen sich kaum Verbesserungen. Mit den USA gibt es Unstimmigkeiten betreffend den Nahen Osten. Lediglich die Beziehungen zu Russland zeigen keine neuen Belastungen.

Ein Kernstück der Außenpolitik der Regierung der AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, Gerechtigkeits und Fortschrittspartei) nach 2002 war die sogenannte „Null-Probleme-Politik“. Durch eine aktive Nachbarschaftspolitik gelang es der Türkei, das früher problematische Verhältnis zu fast allen Nachbarn in gute Beziehungen zu verwandeln. Ausnahmen bilden Armenien und Zypern. Vor allem die Kontakte zu den Nahost-Staaten wurden deutlich intensiviert.

Das stärkere regionale Engagement und die Null-Probleme-Politik fanden international und besonders in der arabischen Welt große Zustimmung. Das Gewicht und Prestige der Türkei als regionaler und internationaler Akteur mit prinzipiell positiven Zielen stiegen deutlich.

Im Folgenden sollen die Probleme der türkischen Nachbarschaftspolitik am Beispiel von ausgewählten Staaten dargestellt werden. Zieht man zum heutigen Zeitpunkt Bilanz,

so ist diese eher ernüchternd. Von den Null-Problemen ist wenig erhalten geblieben.

Syrien – von Partnern zu Gegnern

Das Verhältnis zwischen der Türkei und Syrien erfuhr nach Regierungsantritt der AKP eine deutliche Akzentuierung. Dies kam in einem regen Besuchsaustausch auf hoher Ebene, der Einsetzung eines Strategischen Kooperationsrates und einer Zunahme der Wirtschaftskontakte zum Ausdruck. Die Streitkräfte beider Staaten hielten gemeinsame Manöver ab und Damaskus anerkannte de facto die Zugehörigkeit der Provinz Hatay (1939 von Syrien abgetrennt) zur Türkei.

Nach Ausbruch der Unruhen in Syrien 2011 rief Ministerpräsident Erdogan Assad wiederholt, Reformen durchzuführen. Die Türkei war deutlich interessiert, seinen Sturz zu vermeiden, machte aber klar, dass man Demokratisierungsmaßnahmen wünsche und die Unterstützung nicht unbegrenzt sei. Als jedoch alle Ratschläge nichts fruchteten,

IFK Monitor
Oktober 2013

wurde die Türkei angesichts der blutigen Repression zu einem der erbittertsten Gegner der Führung in Damaskus.

Türkischerseits hatte man wohl darauf vertraut, Assad zu Reformen bewegen zu können. Man erwartete wohl auch einen raschen Sieg der Aufständischen, was sich als Fehlkalkulation erwiesen hat. Ankara gestattete dem politischen und militärischen Widerstand, sich auf türkischem Boden zu formieren.

Zum totalen Zusammenbruch des Verhältnisses zur syrischen Führung führten Ereignisse wie der Abschuss eines türkischen Militärflugzeuges durch die syrische Luftabwehr im Juni 2012, ein offenbar vom syrischen Geheimdienst organisierter Bombenanschlag in der türkischen grenznahen Stadt Reyhanlı mit 51 Toten im Mai 2013 sowie der Abschuss eines syrischen Hubschraubers nach dessen Eindringen in den türkischen Luftraum im September 2013. Hiezu kommen, von der Regierung dementierte, Meldungen über Waffenlieferungen an die Rebellen über türkisches Territorium, angeblich auch an die Al Nusra-Brigaden, was von Seiten der USA, Saudi-Arabiens und anderer Golfstaaten heftig kritisiert wird.

Irak – Belastungen des Verhältnisses

Im Irak war nach Ende des Krieges 2003 das türkische Hauptanliegen die Erhaltung von dessen territorialer Integrität.

Das Verhältnis zur Regierung Al Maliki war anfangs schwierig, mit der Zeit setzte sich in Bagdad aber die Erkenntnis durch, dass Ankara einen Beitrag für die Stabilität im Irak leisten könne. Es kam zu einer Intensivierung der Wirtschaftskontakte und des Besuchs austausches. Ein strategischer Kooperationsrat auf Ministerebene wurde eingesetzt. In den letzten Jahren sanken die Beziehungen aber auf einen Tiefpunkt, da Ministerpräsident Al Maliki die Türkei wiederholt beschuldigte, sich in innere Angelegenheiten einzumischen und im Macht-

kampf zwischen Schiiten und Sunniten letztere zu unterstützen.

Zur Verschlechterung der Kontakte trug auch die Tatsache bei, dass Ankara sich weigert, den ehemaligen Vizepräsidenten Tareq Al Hashemi an Bagdad auszuliefern. Dieser war 2011 in die Türkei geflohen, um sich seiner Verhaftung zu entziehen. Er wird von den irakischen Behörden der Planung eines Mordkomplottes gegen Al Maliki und terroristischer Tätigkeiten beschuldigt. Von türkischer Seite wird diese Anklage als rein politisch motiviert bezeichnet.

Ein weiterer Punkt der Zwietracht ist die Kooperation zwischen Ankara und der Kurdischen Regionalregierung in Nordirak – mit welcher die Türkei aus wirtschaftlichen Gründen nunmehr gute Beziehungen unterhält – auf dem Energiesektor unter Umgehung der Zentralregierung in Bagdad. Die irakische Regierung hat diese Kontakte wiederholt kritisiert und als illegal bezeichnet. Auch die USA haben sich gegen diese Direktbeziehungen ausgesprochen.

Iran – ein schwieriger Nachbar

Während vor Regierungsübernahme durch die AKP das Verhältnis zwischen Ankara und Teheran in Wellenbewegungen verlaufen war, nahm dieses danach eine deutlich positive Entwicklung. Man begann türkischerseits den Iran nicht länger als Bedrohung von außen und Quelle der Gefahr islamistischer Umtriebe zu sehen. Es setzte eine Zunahme der gegenseitigen Besuchskontakte ein, die Wirtschaftsbeziehungen zeigten eine starke Intensivierung. Der Iran ist für die Türkei der zweitwichtigste Lieferant von Erdgas und eine Bezugsquelle von Erdöl. In der Frage des iranischen Atomprogramms suchte Ankara zwischen Teheran und dem Westen zu vermitteln und lehnte stets Strafmaßnahmen gegen Teheran ab. Die Türkei stimmte dem geplanten NATO-Raketenschutzschirm nur unter der Bedingung zu, dass der Iran nicht als potentielles Abschussland feindlicher Raketen genannt werde.

Nichtsdestoweniger hat die Installation von Teilen dieses Schutzschirms 2012 die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran merkbar belastet. Bereits im November 2011 hatte der Iran gedroht, bei Aufstellung des Abwehrsystems einen Angriff auf das Nachbarland nicht ausschließen zu können. Die Frage beeinträchtigt weiter das Verhältnis.

Diametral entgegengesetzt sind auch die Ansichten bezüglich des Bürgerkrieges in Syrien. Während die Türkei in der ersten Reihe der Gegner Assads steht, unterstützt der Iran das Regime in Damaskus politisch, wirtschaftlich und militärisch.

Inwieweit es unter Präsident Rohani zu einer Wiederherstellung des früher zwar nicht immer problemfreien, aber doch guten Verhältnisses zwischen den beiden Staaten kommt, bleibt noch abzuwarten.

Ägypten – der Umsturz in Kairo beendet vorläufig die guten Beziehungen

Die Türkei hatte schon vor Regierungsantritt der AKP gute und solide Beziehungen zu Kairo unterhalten. Die Intensität der Kontakte nahm nach 2002 sogar zu.

Nach Ausbruch der Unruhen 2011 richtete Erdogan sehr bald einen Appell an Mubarak, die Macht abzugeben. Nach dessen Sturz forderte Ankara freie und faire Wahlen und den Rückzug des Militärs nach Etablierung eines demokratischen Systems. Präsident Gül war der erste Staatschef, der Ägypten nach dem Umsturz besuchte, und wies ebenfalls auf die Notwendigkeit von Reformen hin.

Der Sieg der Moslembrüder und ihrer Verbündeten bei den Parlamentswahlen und die Wahl Mohamed Mursis zum Präsidenten verliehen den Beziehungen eine neue Dimension, da in Kairo eine der AKP ideologisch nahestehende Führung an die Macht gekommen war. Die Türkei gewährte Ägypten eine großzügige Finanzhilfe.

Die Entmachtung Mursis sowie die blutige Niederschlagung von Demonstrationen seiner Anhänger wurde türkischerseits scharf verurteilt. Erdogan sprach von Staatsterrorismus und nannte Saudi-Arabien einen Verbündeten des Putsches, was zu einer spürbaren Belastung der Beziehungen Ankara – Riyadh geführt hat. Die westlichen Staaten kritisierte er, den Machtwechsel nicht als Putsch eingestuft zu haben und bezeichnete ferner den Umsturz als israelisches Komplott. Dies rief in Israel, den USA und anderen westlichen Staaten negative Reaktionen hervor.

Durch diese kompromisslose Haltung sind derzeit die Beziehungen zu Ägypten schwer belastet und Ankara hat sich auf Kollisionskurs mit dem bevölkerungsreichsten arabischen Staat begeben. Die Türkei hat sich als einziges Land so stark engagiert. Sie steht mit ihrer harten Kritik alleine da, die USA und die EU waren deutlich zurückhaltender.

Nach dem Militärputsch hat das neue Regime bereits erste Maßnahmen gegen Ankara gesetzt. Zuletzt zeigen sich aber Anzeichen einer leichten Entspannung des Verhältnisses.

Israel – noch keine echte Reparatur des Verhältnisses

Keine nachhaltige Verbesserung ist in den Beziehungen zwischen der Türkei und Israel feststellbar. Das ehemals gute Verhältnis ist durch den Gaza-Krieg 2008/2009, wiederholte verbale Angriffe Erdogans gegen Israel und eine israelische Militäraktion 2009 auf das Schiff Mavi Marmara, welches Hilfsgüter nach Gaza bringen sollte, schwer gestört. Israel war nicht bereit, die türkischen Bedingungen für dessen Verbesserung, nämlich die Entschuldigung Israels für den Angriff, Entschädigungszahlungen an die Hinterbliebenen der Opfer und das Ende der Blockade Gazas zu erfüllen. Im April 2013 hat sich nach US-Vermittlung Ministerpräsident Netanyahu bei Erdogan schließlich doch entschuldigt. Verhandlungen über Entschädigungszahlungen wurden aufgenommen, sind aber bisher offenbar ohne Ergebnis.

Eine neue Belastung hat die oben erwähnte türkische Behauptung gebracht, Israel stehe hinter dem Umsturz in Kairo. Eine echte Normalisierung ist nicht eingetreten. Es entsteht der Eindruck, dass Erdogan eine solche derzeit nicht wirklich wünscht, wohl im Hinblick auf die Lokalwahlen und Präsidentschaftswahlen 2014.

Ableitungen und Erkenntnisse

- Tatsächlich ist Ankara dzt. von dem angestrebten problemlosen Nachbarschaftsverhältnis weit entfernt. Hiezu wäre allerdings zu bemerken, dass die Türkei nicht nur durch eigenes Verschulden, sondern auch durch die Ereignisse in den einzelnen Nachbarstaaten in diese derzeitige Lage gekommen ist.
- Der Doktrin von Außenminister Davutoglu zufolge bedeuten Null-Probleme kein Positionsbezug in regionalen Konflikten und Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten anderer Staaten. Im Widerspruch zu dieser These ist Ankara durch seine Haltung im syrischen Bürgerkrieg und seine Position zum Staatsstreich in Ägypten jeweils zu einer Partei in diesen Konflikten geworden. Durch die einseitige Politik hat die Türkei ihre stets angestrebte Rolle als Vermittler zwischen Streitparteien verloren bzw. aufgegeben. Ankara spielt heute im Nahen Osten eine geringere Rolle als zu Beginn der Umwälzungen im arabischen Raum.
- Zahlreiche Kommentatoren meinen, Erdogan habe durch zunehmend religiös gefärbte und bombastische Rhetorik – mit welcher er international wichtige Akteure wie die USA und die EU immer wieder herausfordert – die Effizienz der türkischen Außenpolitik untergraben. Desgleichen wird kritisiert, die Türkei habe sich in Ägypten auf die falsche Seite gestellt und das Verhältnis zum neuen Regime in Kairo de facto zerstört. Erdogan wird vorgeworfen, oft weniger die nationalen Interessen des Landes zu verfolgen, sondern sich von religiösen und parteipolitischen Präferenzen leiten zu lassen.

- Die harte Kritik Erdogans an den Golfstaaten, sie hätten den Sturz Mursis unterstützt, hat zu einer Trübung des Verhältnisses zu diesen Ländern geführt. Daraus erwachsende wirtschaftliche Nachteile sind zu erwarten.
- Ibrahim Kalin, außenpolitischer Berater Erdogans, wies den Vorwurf zurück, die AKP-Regierung habe durch ihre Politik die Türkei im Nahen Osten in die Isolation geführt. Er sprach von einer „wertvollen Einsamkeit“ („precious loneliness“, wohl in Anlehnung an die „splendid isolation“ Großbritanniens). Die Türkei nehme dies angesichts der Vertretung höherer moralischer Werte und eines prinzipfesten Standpunktes in Kauf. Es entsteht der Eindruck, dass hier die doch erlittenen Rückschläge in der Außenpolitik in eine positive Doktrin umgewandelt werden sollen. Die Berufung auf „wertvolle Einsamkeit“ bedeutet teilweise eine Rückkehr zur Mentalität der Verschwörungstheorien kemalistischer Prägung. Dies zeigte sich schon im Zusammenhang mit den Unruhen um den Gezi-Park. Erdogan erklärte damals, diese seien vom Ausland gesteuert.
- Abgerundet wird das Bild durch das weiterhin nicht geregelte Verhältnis zu Armenien, die ungelöste Zypern-Frage (wobei die Ursache eher auf Seiten Nikosias zu suchen ist) und die EU-Kritik an der Haltung Erdogans betreffend Gezi-Park. Keine Negativentwicklungen gibt es hingegen in den Beziehungen zu Aserbaidschan, Georgien sowie den Staaten des Westbalkan. Auch das Verhältnis zu Russland ist nach Ansicht von Experten durch die diametral unterschiedlichen Ansichten zu Syrien kaum belastet.
- Fazit: Das ambitionierte Konzept der AKP-Regierung mit Bezug auf die Nachbarstaaten und den Nahen Osten ist dzt. von deutlichen Rückschlägen gekennzeichnet. Es bleibt daher abzuwarten, wie sich das auf die zukünftige Bedeutung der Türkei in der Region auswirken wird.

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:
Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a
1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Copyright:
© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Redakteur:
Gerald Hainzl

Erscheinungsjahr:
2013